

## Presseinformation

2. Juni 2026

### **LR Rosenkranz: Wer Naturschutz will, muss die Länder einbinden**

#### **Länder fordern stärkere Einbindung beim Biodiversitätsfonds und langfristige Absicherung von Naturschutzförderungen**

Im Rahmen der jüngsten Landesnaturschutzreferentenkonferenz haben sich die Bundesländer geschlossen für die Fortführung bewährter Naturschutzinstrumente sowie für eine stärkere Mitgestaltung der Länder bei der Ausrichtung künftiger Förderprogramme ausgesprochen.

Besonders erfreut zeigt sich Niederösterreichs Naturschutz-Landesrätin Susanne Rosenkranz über die breite Unterstützung eines von Niederösterreich eingebrachten Antrags zur Weiterentwicklung des Biodiversitätsfonds. Der Biodiversitätsfonds finanziert zahlreiche Projekte in ganz Österreich, um die österreichische Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Obwohl die Länder einen Großteil der Naturschutzarbeit vor Ort leisten, waren sie bisher in die strategische Ausrichtung des Fonds nur unzureichend eingebunden. Künftig sollen sie stärker an Entscheidungen beteiligt werden. Gleichzeitig wurde die Bedeutung einer ausreichenden finanziellen Ausstattung des Fonds hervorgehoben. „Die Länder leisten den Naturschutz vor Ort. Deshalb müssen sie beim Biodiversitätsfonds stärker mitgestalten können. Gleichzeitig braucht es aber auch eine ausreichende Dotierung des Fonds. Anders wird es nicht gehen“, betont Rosenkranz.

Darüber hinaus bekannten sich die Länder zur Fortführung erfolgreicher EU-Projekte und unterstrichen die Notwendigkeit, auch künftig ausreichend EU-Mittel für Naturschutzmaßnahmen bereitzustellen. Die Naturschutzreferentenkonferenz betonte zudem, dass Naturschutz im EU-Haushalt 2028–2034 ausreichend berücksichtigt werden muss. Nachdem entsprechende Maßnahmen künftig nicht mehr automatisch Teil der europäischen Agrarförderung sein werden, braucht es ein klares Bekenntnis von Bund und Ländern, diese fortzuführen.

Abschließend verwies Rosenkranz auf die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit aller Beteiligten. „Naturschutz kann nur gelingen, wenn Bund, Länder, Gemeinden, Landnutzer und regionale Organisationen gemeinsam an einem Strang ziehen und dafür verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden“, schließt Rosenkranz ab.



## Presseinformation

Weitere Informationen: Büro LR Mag. Susanne Rosenkranz, Pressereferent  
Christoph Bathelt, M.A., Tel.: 02742 / 9005 – 13 797, E-Mail:  
[christoph.bathelt@noel.gv.at](mailto:christoph.bathelt@noel.gv.at)